



Der Rassismus der frühen Jahre

1998

Das Cafe 104 wird gegründet. Im ehemaligen Tröpferbad in der Thalkirchner Str. 104 wird Menschen ohne Papiere unbürokratisch und praktisch geholfen. Illegalisierte in München erhalten seitdem Beratung und medizinische Hilfe. Gedacht als Doppelprojekt: einerseits konkrete Unterstützung gänzlich rechtloser Migrantinnen und Migranten und Illegalisierter, sowie andererseits: Skandalisierung der Ent-

Ein Rückblick zwei Jahrzehnte nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen.
Von Heike Kleffner

Hoyerswerda, das ist doch schon zwanzig Jahre her und im Vergleich zu Rostock-Lichtenhagen doch relativ harmlos ausgegangen. So oder ähnlich lauten die Kommentare von politisch interessierten Mittvierzigern, wenn sie auf die Ereignisse im September 1991 in der ehemaligen sozialistischen Musterstadt mitten in Sachsen angesprochen werden. In wenigen Wochen jährt sich das erste rassistische Pogrom im vereinten Deutschland zum zwanzigsten Mal. Der Einfluss, den die Ereignisse jener September-Woche sowohl auf die extrem rechte Mobilisierung der gesamten 1990er Jahre, als auch auf den Alltag von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten – und damit auch auf die antirassistischen Bewegungen und Selbstorganisationen in Ost- und Westdeutschland – hatte, wird nach wie vor allzu leicht übersehen. Dabei war es der vielfache Tabubruch von Hoyerswerda, der unter anderen das tages-

lange Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 erst möglich machte.

Beifall beim fluchtartigen Abtransport

Die Fakten sind schnell erzählt. Schon am 11. September traten in Dresden Naziskins die Wohnungstür einer ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiterin ein, verprügelten sie und traten der Schwangeren in den Bauch; kurz zuvor hatte dieselbe Angreifergruppe einen mosambikanischen Mann mit einem Schuss in den Kopf schwer verletzt. Am 17. September 1991 griffen Naziskins dann in der damals noch über 50.000 Köpfe zählenden Stadt in der Lausitz zunächst einige vietnamesische Händler und Händlerinnen auf offener Straße an. Am nächsten Tag griffen dann mehrere Dutzend Naziskins mit Molotow-Cocktails und Steinen ein Wohnheim für ehemalige DDR-Ver-

tragsarbeiter und -arbeiterinnen aus Mosambik und Vietnam mitten in einem der riesigen Plattenbauwohnkomplexe der Stadt an. Die rund 70 Frauen und Männer fürchteten um ihr Leben, denn eine völlig überforderte Polizei ließ die Angreifer weitgehend gewähren – während die Nachbarschaft teilnahmslos zusah, wie sämtliche Fenster des Heims eingeworfen wurden oder gar Beifall klatschte. Die ehemaligen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen waren mehrheitlich in den 1980er Jahren in die DDR gekommen und hatten im Braunkohle Tagebaubetrieb VEB Schwarze Pumpe gearbeitet. Ihre Arbeitsverträge mit der Nachfolgesellschaft Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG) wären frühestens Ende 1991 ausgelaufen. Die meisten der Betroffenen hatten sich aber auf eine frühere Beendigung ihrer Arbeitsverträge eingelassen. Sie bestanden jedoch auf der Auszahlung einer so genannten Rückkehrhilfe in Höhe von 1.500 Euro (damals ca. 3.000 D-Mark), die zu einem Gesamtpaket gravierender Änderungen der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen für die ehemalige DDR-Vertragsarbeiterschaft gehörte. Diese hatte die letzte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière im Rahmen einer Änderung der bestehenden Regierungsabkommen mit den ehemaligen Entsendestaaten Angola, Mosambik und Vietnam, ausgehandelt.

Mitten in die Verhandlungen mit der LAUBAG um die Zahlung der Rückkehrhilfen platzte dann das Pogrom. Unter den Angreifenden erkannten die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter ihre deutschen Kollegen – vor allem Vorarbeiter – aus dem Braunkohlewerk. Fast alle Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter verließen Hoyerswerda bereits am zweiten Tag des Pogroms. Ihr „Begleitschutz“ von der sächsischen Polizei brach sie – unter dem Beifall der Zuschauerinnen und Zuschauer an den umliegenden Fenstern und Balkonen – mehrheitlich direkt zum Flughafen, von wo sie nach Mosambik zurückkehrten.

Jagdzeit in Sachsen

Ermutigt durch ihren Erfolg richteten die rassistischen Angreifer ab dem 19. September 1991 ihre Attacken gegen ein weiteres Wohnheim inmitten der Plattenbausiedlungen, in dem seit dem Frühsommer 1991 rund 240 Flüchtlinge wohnen mussten. Die Betroffenen – unter anderen aus Vietnam, Rumänien, Ghana, Iran, Bangladesch – waren aus Heimen in den alten Bundesländern nach Sachsen zwangsumverteilt worden. Sie wurden am 21. September 1991 frühmorgens in Bussen des sächsischen SEK aus Hoyerswerda abtransportiert. Aus der johlenden Menge Schaulustig-

ger wurden Steine und Wurfgeschosse auf die Busse geschmissen: „Jagdzeit in Sachsen“, titelte der *Spiegel* am 30. September 1991.

Während die Sicherheitsbehörden öffentlich behaupteten, die Betroffenen seien in „Sicherheit“ gebracht worden und ihr Aufenthalt dürfe zu ihrem eigenen Schutz nicht bekannt werden, recherchierten antirassistische Gruppen schnell, dass die Flüchtlinge zumeist gegen ihren Willen in baufälligen Barackenheimen unter anderen an Waldrändern von Kamenz, Schwarzkollm und Weißwasser in der Niederlausitz – den Schauplätzen von Otfried Preußlers Jugendroman „Krabat“ – untergebracht worden waren. Mehr als 50 Flüchtlinge nahmen dann das Angebot der Unterstützerinnen und Unterstützer an und kamen nach Berlin. Dort besetzten sie gemeinsam mit einem antirassistischen Bündnis zunächst die Passionskirche in Berlin-Kreuzberg, um auf ihre Forderung aufmerksam zu machen: ein Ende aller Zwangsverteilungen von Flüchtlingen in die Ex-DDR. Parallel dazu demonstrierten dann am 30. September 1991 rund 4.000 bis 5.000 unabhängige, autonome Antifas, aber auch eine bürgerliche Plattform von Antirassistinnen und Antirassisten aus Kirchenkreisen und Grünen in Hoyerswerda. Schon in der Pogromwoche waren mehrfach antifaschistische und aktive Autonome nach Hoyerswerda gefahren, um den Flüchtlingen ihre Solidarität zu zeigen und Naziskins und Claqueure zur Rechenschaft zu ziehen.

Rassistischer Flächenbrand

Und während sich die autonome Antifa vor allem darüber stritt, ob den Einwohnerinnen und Einwohnern von Städten wie Hoyerswerda lediglich noch mit Strafexpeditionen begegnet werden sollte, breitete sich der rassistische Flächenbrand rasant in Ost- und Westdeutschland aus. Am 15. September 1991 überfielen im sächsischen Leisnig Vermummte mit Knüppeln und Molotow-Cocktails bewaffnet, ein Flüchtlingsheim und verletzten einen vietnamesischen Mann. Am 19. September 1991 verbrannte der ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah (27) bei einem Brandanschlag von Naziskins auf ein Flüchtlingsheim in Saarlouis (Saarland). Im sächsischen Thiendorf griffen Jugendliche ein Flüchtlingsheim an, zerstörten die Einrichtung und verletzten acht Menschen. In Freital bei Dresden und in Bredenbeck bei Hannover schleuderten Neonazis Molotowcocktails auf Flüchtlingsheime; dort gab es Sachschäden. Im brandenburgischen Cottbus machte die Nationale Alternative (NA) gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber mobil; weitere Brandanschläge zum

reichtung gegenüber der Öffentlichkeit.

1999

Bayernweite Aktionen gegen die Asylbeschlüsse des SPD-Parteitag.

1999

Die Innenministerkonferenz beschließt ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge.

1999

Der sudanesische Flüchtling Ameer Ageeb stirbt bei seiner Abschiebung an Bord der Lufthansa Maschine LH588.

1999

Der Bayerische Flüchtlingsrat organisiert das 2. Rage against Abschiebung Festival im Münchener Backstage. Es spielen unter anderem die goldenen Zitronen und Knarf Rellöm.

1999

Der BFR stellt Strafanzeigen gegen den Freistaat Bayern wegen Betrugs. Sachleistungen der Flüchtlinge wurden einbehalten.

1999

Demonstration gegen die ausländerfeindliche Hetze der CSU.

1999
Grenzcamp in Zittau. Auf dem Camp schließt sich eine Arbeitsgruppe zusammen mit dem Thema: Abschiebung mit der Lufthansa, von der dann später die Deportation Class Kampagne gestartet wird.

1999
Zwei bayernweite Protestaktionen im Frühjahr, beziehungsweise Herbst 1999 gegen Abschiebung am Flughafen München.

2000
Grenzcamp bei Forst in Brandenburg. Die bayerischen Aktivistinnen und Aktivisten setzen Maßstäbe und verlaufen sich prompt beim „Spiel ohne Grenzen“ im Grenzwall zu Tschechien.

2000
Bleiberechtskampagne.

2000
Fahrradkarawane gegen die Residenzpflicht in Bayern.

2000
Ein vierjähriges Kirchenasyl in Hof endet mit einem Bleiberecht für Familie Sarmisch.

Beispiel in Münster, in March (Südbaden) und Tarnbach-Dietharz (Thüringen) folgten.

Begleitet wurde diese rassistische Mobilisierung von einem schizophnen Medienrauschen: Einerseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalistinnen und Journalisten den nackten rassistischen Hass als Zivilisationsbruch; andererseits sekundierte unter anderen der *Spiegel* am 9. September 1991 mit einem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen“ den rassistischen Schlägern. Und so setzt genau zu dieser Zeit die Lebenslüge einer ganzen Generation politisch Verantwortlicher und zuschauender Ost-Bürgerinnen und Bürger ein. Auf dem Höhepunkt der medial-politischen Allianz titelte die *Bild-Zeitung* am 23. Januar 1993: „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?“ – war die Abschaffung des bis dato in Art. 16 Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl schon beschlossene Sache. Im August 1992 brannte es noch in Rostock-Lichtenhagen: dort griffen rassistische Schläger und Naziskins unter größtem Beifall von mehr als 3.000 Bürgerinnen und Bürgern tagelang zunächst die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende an und setzten dann mit Molotow-Cocktails ein Wohnheim mit rund 100 vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern in Brand, während sich Polizei und Feuerwehr tatenlos zurückzogen. Unter Verweis auf die beiden rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock erklärten Politiker der regierenden CDU/CSU/FDP-Koalition, der Bevölkerung fehle die weitere Akzeptanz für den „unkontrollierten Zustrom“ von „Ausländern“. Daher müsse das Grundrecht auf Asyl grundlegend „reformiert“ werden.

Schande „Asylkompromiss“

Rund 400.000 Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge hatten seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und dem Beginn der Jugoslawien-Kriege in Deutschland Zuflucht gesucht: Roma aus Rumänien und Polen, die vor pogromartigen Angriffen flohen; Familien und Alleinfliehende aus Bosnien, Serbien und Kroatien, die den nationalistischem Morden entfliehen wollten; Flüchtlinge aus Westafrika, Pakistan und Bangladesh sowie weiteren internationalen Krisenregionen. Am 1. Juli 1993 stimmten dann zwei Drittel aller Bundestagsabgeordneten – eine große Koalition aus den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie der von Oskar Lafontaine geführten oppositionellen SPD – der de-facto-Abschaffung des grundgesetzlich verankerten Rechts auf Asyl zu und

ersetzten Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG – „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – durch den neuen Art. 16a GG. Weitere Bestandteile des so genannten „Asylkompromisses“ waren die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (1. November 1993), sowie die Schaffung eines eigenständigen Kriegsflüchtlingsstatus (§ 32a Ausländergesetz). Seitdem gelten in Deutschland die Prinzipien der „sicheren Drittstaaten“ und der „sicheren Herkunftsstaaten“ sowie die Flughafenregelung.

Antirassistische Gruppen hatten mit einer Blockade am Tag der Abstimmung des damals noch in Bonn ansässigen Bundestages vergeblich versucht, die Abgeordneten von der Grundgesetzänderung abzuhalten. In den Jahren zwischen 1991 und 1993 hatten antirassistische Gruppen unter anderen in Norderstedt und Tübingen Flüchtlinge bei Kirchenbesetzung unterstützt, mit denen sie gegen ihre Zwangsverteilung in die ehemalige DDR protestierten. In Berlin hatten antirassistische Gruppen das dritte Stockwerk des Mathegebäudes der Technischen Universität (TU) besetzt und dort ein Antirassistisches Zentrum ausgerufen, in dem zeitweise mehr als 100 Flüchtlinge lebten, die aus Heimen in den neuen Bundesländern geflohen waren. Doch der Kampf gegen die Zwangsverteilungen mittels Besetzungen verlief äußerst mühsam und war langwierig und zermürbend. Antifaschistische und autonome antirassistische Gruppen verbrachten fast jedes Wochenende vor bedrohten Flüchtlingsheimen und alternativen Jugend- und Wohnprojekten. Und fast nebenher reduzierte die Bundesrepublik durch restriktive Ungleichbehandlung die Zahl der ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und -arbeitnehmer aus Vietnam (rund 70.000) und Mosambik (rund 18.000 zum Ende der DDR) um rund Dreiviertel.

Echte historische Verantwortung

Fünf Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen schrieb ein anonymes Autor im *Antifaschistischen Infoblatt* Nr. 41 (AIB) der Bewegung den folgenden Satz ins Merkbuch: „Für die Zukunft müssen wir Lehren ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich bestimmt wird.“ Ein Satz, der auch zwanzig Jahre nach dem Pogrom von Hoyerswerda und der Kapitulation der autonomen Antifaschistinnen und Antifaschisten vor dem rassistischen Mob in Rostock-Lichtenhagen wenig an Gültigkeit verloren hat.<

Heike Kleffner

lebt in Berlin und schreibt als freie Journalistin seit den 1990er Jahren über die extreme Rechte und Migration.

Literatur und Filme zum Nach- und Weiterlesen beziehungsweise schauen:

- *Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Edition Ost, Berlin 2002.*
- Antifaschistisches Infoblatt Nr. 41, November /Dezember 1997
- *BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.): Zwischen Flucht und Arbeit – Neue Migration und Legalisierungsdebatte. Verlag Liberatäre Assoziation, Hamburg 1995.*
- „Viele habe ich erkannt“ (D 1992/ 25 Min.), Julia Oelkers/Lars Maibaum. Dokumentarvideo mit einem ehemaligen Vertragsarbeiter aus Hoyerswerda zum Pogrom: Bestellbar über: [autofocus videowerkstatt: www.videowerkstatt.de/](http://autofocus.videowerkstatt.com)
- „Die Wahrheit lügt in Rostock/The truth lies in Rostock“ (GB/D. 78 Min.) Dokumentarfilm über die Hintergründe und die Nächte des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen: bestellbar u.a. bei [autofocus videowerkstatt: www.videowerkstatt.de.](http://autofocus.videowerkstatt.com)



Grußwort

Der Bayerische Flüchtlingsrat ist seit 25 Jahren mein Weggefährte, da ich, fast zeitgleich, seit dessen Gründung in der Arbeit mit MigrantInnen bei der Caritas tätig bin. Und es ist gut, dass es den Flüchtlingsrat gibt. Selbstverständlich gratuliere ich den Akteuren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu ihrer dringend notwendigen und engagierten Arbeit, zu ihren erreichten Zielen und vor allem zu ihren mutigen und nicht alltäglichen Interventionen. Andererseits ist es aber sehr traurig, dass es einer Organisation wie der des Flüchtlingsrates bedarf um ein eigentlich selbstverständliches Recht, nämlich das Recht von Flüchtlingen auf Schutz, Aufnahme und Ermöglichung einer Zukunftsperspektive in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

In der Sache und den Zielen zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in Bayern war und ist sich der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat in den zweieinhalb Jahrzehnten fast immer einig gewesen. Wir hatten natürlich unterschiedliche Wege beschritten und andere Strategien angewandt, um die Ziele zu erreichen. Dies ist in einer Demokratie und pluralen Gesellschaft auch gut so. Der Bayerische Flüchtlingsrat ist dabei die bewährte Speerspitze.

Neben den Forderungen für eine bessere Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Bayern war immer die Aufklärung über die globalen Zusammenhänge ein gemeinsames Anliegen. Die Gründe, weshalb Menschen ihre Heimat verlassen müssen, sind vielschichtig. Wirtschaftliche Interessen von Großkonzernen und das dazugehörige Machtgefüge mit militärischem Potential spielen inzwischen, gepaart mit klimatischen Veränderungen, fast immer eine zentrale Rolle bei den Fluchtursachen. Die Länder der nördlichen Halbkugel und der südlichen sind dabei im Positiven wie im Negativen außerordentlich verflochten. Die in Mitteleuropa gepflegte Philosophie „Wir wollen die Rohstoffe der ganzen Welt haben, aber die Menschen sollen gefälligst dort bleiben wo sie sind, egal ob es in der jeweiligen Gegend der Welt möglich ist zu leben oder zu überleben“ ist deshalb höchst verwerflich. Wir müssen die Zusammenhänge zwischen Ursachen und Auswirkungen wieder und immer wieder verdeutlichen und öffentlich benennen. Und wenn ein Fischer in seiner Heimat keine wirtschaftliche Existenzgrundlage mehr hat, weil die großen Fischereiflotten die Meere leer fischen oder dem Landwirt in Afrika aufgrund der Klimaveränderungen seine Felder verdorren, sind dies genauso Asylgründe wie die Verfolgung wegen politischer Aktivitäten. Den Flüchtlingen außerhalb Deutschlands und außerhalb Europas gilt genauso unsere Aufmerksamkeit und Solidarität in der globalen Verantwortung.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es alles zu tun, dass Menschen, wenn sie zu uns geflohen sind, eine freundliche, und ich betone eine freundliche, Aufnahme finden und nicht mit so genannten Abschreckungsmaßnahmen konfrontiert werden. Flüchtlinge müssen sofort die Sprache erlernen dürfen, brauchen berufliche Anerkennung oder Qualifizierung und Hilfen bei der Integration. Lebensmittelpakete und Langzeitunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sind kontraproduktiv.

Der innereuropäische Habitus (Dublin II), die gegenseitige Zuweisung von Zuständigkeiten macht Flüchtlinge zum Spielball der hoheitlichen Bürokratie und ist meist ein menschenunwürdiger Prozess. Flüchtlingen muss die Möglichkeit zum Ankommen gegeben werden. In der langen Geschichte der Menschheit musste sich eine wahre Hochkultur auch immer an ihrem Umgang mit Flüchtlingen messen lassen.

Auch im Auftrag der Erzdiözese München und Freising und des Diözesan-Caritasverbands wünsche ich dem Bayerischen Flüchtlingsrat und uns allen, dass wir auf diesem Gebiet in Bayern kultureller Spitzenreiter werden.

Willi Dräxler

Referent für Migration

Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e. V.